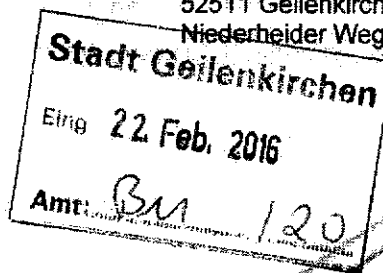


Georg Godel

An den Bürgermeister
Geilenkirchen
Postfach 1269

52511 Geilenkirchen

52511 Geilenkirchen, 22.02.2016
Niederheider Weg 69



Betrifft: Abgaben-Bescheid 2016 für Flur 6, Nr.594 Niederheider Weg 69
Einfamilienhaus / Eingang 23.01.2016

Beschwerde gemäß § 24 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Vorbehalt der Klage nach Entscheidung noch ausstehender Verfahren zur Grundsteuer B

Die Erhöhung ist absolut undemokratisch

Die Erhöhung ist ein Paradoxon (im Gegenzug erhöhen sich die von der Stadt zu zahlenden Sozialleistungen)

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach § 24 GO NRW hat jeder das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen und Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Stadtrat/Gemeinderat zu wenden. Von diesem Recht möchte ich Gebrauch machen.

Mit der Erhöhung der Grundsteuer B in Geilenkirchen bin ich nicht einverstanden.

Besonders bei Rekord Steuereinnahmen. Fast 24 Milliarden Euro haben die Länder an Steuerüberschuss. Laut dem Wurfblatt von Herrn M. Schuhmacher lässt der Bund und das Land die Kommunen allein. Stehen Sie auf und gehen sie dort hin! **74% der Bevölkerung sind gegen diese Erhöhung!** Die Ratsmitglieder sollten stärker auf die Belange der Bürger Rücksicht nehmen. Von einer Erhöhung der Grundsteuer B sind sowohl die Eigentümer von Häusern, Wohnungen und Gewerbeimmobilien als auch die Mieter, die die Grundbesitzabgaben in aller Regel über die Betriebskosten zahlen müssen, betroffen. Da die Wohnnebenkosten bzw. Betriebskosten – Heizenergie, Müllabfuhr, Wasser sowie Abwasser, Straßenreinigung und Winterdienstgebühren – in den vergangenen Jahren stark gestiegen sind und sich zu einer zweiten Miete entwickelten, sollten die Verantwortlichen die Hebesatzanpassung zurücknehmen, weil sie unsozial und völlig undemokratisch ist. Stattdessen sollten die politisch Verantwortlichen nach Einsparpotenzialen suchen, wie bereits 2015 gefordert und bei der Etatsanierung auf der Ausgabenseite ansetzen. Tipps zu Sparpotenzialen für Kommunalpolitiker gibt der „Kommunalkompass“ des BdSt, der an alle

Mandatsträger versandt wurde und der unentgeltlich beim BdSt bezogen werden kann. Die **Vorschläge von 2015 haben Sie wohl nicht richtig verstanden oder gelesen.**

**Es gibt durchaus Bürgermeister und Co., die dies schaffen! ,
Orientieren Sie sich an die die besser sind.**

**Ich bitte, die Hebesatzerhöhung der Grundsteuer B zurückzunehmen und zu senken!
Eine Abgabenbremse ist einzuführen.**

Die Zahlung erfolgt unter Vorbehalt der Rückforderung

Wenn Sie es nicht können, holen Sie doch Hilfe, das ist keine Schande.

Z.B.: Laden Sie alle Betriebsräte der Firmen ein, die ihr Unternehmen sanieren mussten.

Zum Beispiel von Phillips, Schwerbad, Continental, Glaswerke usw. und fragen diese Leute wie man Kosten spart.

Was mich als Bürger verunsichert ist die Tatsache, dass ich eine zunehmende Politikverdrossenheit bis hin zum Wutbürger beobachte. Viele Bürger sind stinksauer auf die Kommunalpolitik.

Sicher ist Ihre Aufgabe nicht einfach, aber **neue Fürstentümer** sind in der Demokratie nicht angesagt.

Lassen Sie sich nicht als Steuereintreiber der Regierung missbrauchen, haben Sie Mut, auch wenn's an Karriere und Ego knistert. **Achtung: Das Gehalt des Bürgermeisters ist ca. achtmal höher als die Durchschnittsrente. Warum sollen die unteren Einkommen die gleiche Belastung haben?**

Fragen:

- 1) Was genau haben Sie mit der Erhöhung der Grst. B 2015 gemacht?**
- 2) Was genau werden Sie mit der Erhöhung 2016 machen?**

Soziale Dimension wird übersehen

Die steigenden Hebesätze verleiden Mietern und Hausbesitzern regelrecht das Wohnen in ihren Heimatstädten, hinzu kommt, dass Geilenkirchen die gefährlichste Erdbebenstufe 3 hat. Mit einer hohen Wohnsteuer sinkt zunehmend die Attraktivität eines Ortes, und persönliche Lebensplanungen stehen auf dem Spiel, wenn sich im Alter erwartete Erlöse aus Hausverkäufen nicht erzielen lassen.

Und auch steuersystematisch ist nicht einzusehen, dass der Mieter einer Drei-Zimmer-Wohnung mehr als das Doppelte an Wohnsteuer verkraften muss als ein Mieter in einer

Wohnung gleicher Größe einer anderen Stadt. Die Grundsteuer B ist eine Substanzsteuer. Sie berücksichtigt in keiner Weise die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers. Die soziale Dimension einer derartig verfehlten kommunalen Steuerpolitik wird offensichtlich von vielen im Lande gar nicht gesehen. Das muss sich ändern.

Ohne eine konsequente Reform der Kommunalfinanzierung ist mit einem weiteren Ausbluten der ländlichen Kommunen zu rechnen. Das bedeutet eine zunehmende Verödung der Landschaften, in deren Folge die Landflucht der Bevölkerung in die Städte steigen wird, die Verkehrswerte von Immobilien weiter sinken und damit sicher geglaubte Altersversorgungen vernichtet werden. Schon heute ist es schwer, Unternehmen in ländlichen Regionen neu anzusiedeln. Dies schmälert die Einnahmen aus der Gewerbesteuer.

Grundsteuer B-Bremse gefordert

Um die Bürger vor übermäßigen Steuererhöhungen zu schützen und zugleich die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern, fordert der Bund der Steuerzahler NRW:

- Der Landtag soll eine Grundsteuer B-Bremse einführen. Sie soll analog zur Mietpreisbremse eine maximale Erhöhung der Hebesätze innerhalb von drei Jahren gestatten. Dadurch wären Mieter und Hauseigentümer nicht länger großen Sprüngen bei Steuererhöhungen ausgesetzt.

Nun werden Bürger wach und protestieren in Düsseldorf vor dem Landtag, die Presse informierte nur lokal.

Das muss sich nun ändern.

Als Motivation für die Aufmerksamen

Ein Beitrag von Volker Pispers Radio Aktiv

".....Reiches Deutschland

.....Im gut gehenden Deutschland sind 3 Millionen offiziell arbeitslos. Dazu kommen noch eine Million ohne Arbeit, die permanent in Umschulungen und Fortbildung sind. 1,4 Millionen nennen wir Aufstocker, weil sie dank vier Stunden Arbeit in der Woche nicht zu den Arbeitslosen zählen, aber trotzdem von Hartz IV leben dürfen. Dann sind da noch sechs Millionen, die Vollzeit arbeiten und auf nicht mehr als 845 Euro brutto im Monat kommen. Dafür aber sozialversicherungspflichtig. Hurra! Das heißt, sie kommen netto auf etwas weniger als Hartz IV. Nehmen Sie noch die Leiharbeiter hinzu, die zum Teil für die Hälfte des Lohns arbeiten, der ihnen eigentlich zustehen würde, dann kommen Sie auf etwa 13 Millionen Menschen, die gerade ebenso zurechtkommen.

Damit es Deutschland gut geht, können wir 25 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung leider keine Arbeit anbieten, die mehr als die nackte Existenz sichert. Und damit die Verarschten wissen, wie gut es ihnen eigentlich geht, zeigt man ihnen die Ertrunkenen von

Lampedusa, die man natürlich hätte retten können, denn dank des Überwachungssystems Eurosur wissen wir immer ganz genau, wo Schiffe mit den Illegalen gerade treiben. Tja, irgendwo muss das Geld der Reichen schließlich herkommen, wenn nicht stehlen? Angela Merkel sonnt sich im Erfolg der Agenda 2010 und die Reichen leben mehr oder weniger von Hartz IV."